

Nachrichten von Tom Schreiber



1/2011

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

leicht verspätet möchte ich Ihnen mit den neuen „Nachrichten von Tom Schreiber“ auch ein frohes neues Jahr wünschen. Ich hoffe, Sie sind gut gestartet und haben den Winter gut überstanden. Politisch gesehen waren die ersten beiden Monate des Jahres äußerst ereignisreich. Darüber möchte ich Ihnen nun berichten.

Die einzelnen Themen in diesem Newsletter im Überblick:

- Familien stärken und Räume geben – SPD-Fraktion auf Klausur in Dresden
- Erfolgreicher Volksentscheid darf keine differenzierte Betrachtung verhindern
- Keine Unterschiede zwischen Ost und West in der Flugroutenbestimmung
- Keine Unterstützung für Gewalt – Zur Räumung der Liebigstraße 14
- Parkraumbewirtschaftung für die Altstadt in der Prüfung
- Polizei im Abschnitt 66 hat zentralen Standort in der Karlstr. 8 bezogen
- Barrierefreier Ausbau der Allende-Schwimmhalle im Sommer
- KDV der SPD Treptow-Köpenick nominiert starkes Team
- Für einen starken öffentlichen Dienst – Eintritt in Ver.di
- Kontakt

Ich bin direkt gewählter Abgeordneter aus Treptow-Köpenick für die Kieze Wendenschloß, Allende, Müggelheim und die Altstadt Köpenick. Im Abgeordnetenhaus, in dem ich Sie seit 2006 vertreten darf, sitze ich in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich bin ich Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu halte ich in jedem Monat Bürgersprechstunden ab, deren Termine am Ende dieses Newsletters zu finden sind. Aber auch außerhalb dieser Sprechstunden, bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen. In jedem Fall werden Sie hier interessante Punkte finden.

Mit den besten Grüßen



Ihr Tom Schreiber
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Familien stärken und Räume geben – SPD-Fraktion auf Klausur in Dresden

Vom 21. bis 23. Januar 2011 hielt die SPD-Fraktion ihre jährliche Klausurtagung in Dresden ab. Im Mittelpunkt stand dabei die Familienpolitik. Zu diesem Thema verabschiedeten wir auch eine Resolution, in der wir deutlich machen, dass Berlin die Stadt der Familien ist und die SPD die Partei, welche sich für eine Stärkung der Familien einsetzt:

„In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Familie verändert. Familien sind bunter und vielfältiger geworden, aber für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht weniger wichtig. Familie ist für uns dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und wo Generationen füreinander eintreten. Damit Familien diese Verantwortung auch tragen können, bedarf es einer angemessenen Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten, die sie unterstützt und fördert. Mit der Zukunft der Familie steht und fällt die Zukunft der Gesellschaft. Kinder dürfen

kein Armutsrisiko sein. Darum will die SPD-Fraktion die Rahmenbedingungen, in denen Eltern und Kinder in Berlin leben, offensiv familienfreundlicher gestalten.“

Erfolgreiche Familienpolitik ist für die SPD ein Standortfaktor, wir wollen diesem Thema und Familien selbst Räume schaffen. Dazu gehören ebenso die Einbindung von Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen, die als Familienzentren wirken, wie auch die Betrachtung der Pflege und Barrierefreiheit. Wir wollen keine Kinder, die hier in Armut leben müssen – dazu benötigt es Unterstützungsmöglichkeiten für Familien, für die Integration von Familien sowie für die Vereinbarkeit mit dem Beruf.

Die Resolution kann hier abgerufen werden:
http://www.spdfraktion-berlin.de/var/files/dokumente/resolution_familie_2011.pdf

Erfolgreicher Volksentscheid darf keine differenzierte Betrachtung

verhindern

Am Sonntag, den 13. Februar 2011, wurde der erste Volksentscheid im Land Berlin angenommen. Der Gesetzesvorschlag zur Offenlegung der Berliner Wasserverträge wurde von einer deutlichen Mehrzahl der Teilnehmer angenommen. Bei der Untersuchung der Ergebnisse werden interessante Punkte deutlich. Zwar liegt die Beteiligung diesmal unter den Werten der vorangegangenen Volksentscheide, doch sowohl die Mehrzahl der Ja-Stimmen wurde erreicht, als auch das 25 Prozent-Quorum erfüllt. Nur knapp über 11.500 Bürgerinnen und Bürger stimmten gegen die Vorlage. Dies mag sicherlich zum Einen an der großen Zustimmung zur Initiative des Berliner Wassertisches liegen, zum Anderen aber auch daran, dass die Forderung schon vom Berliner Abgeordnetenhaus mit dem Beschluss des Informationsfreiheitsgesetzes im letzten Jahr sowie durch die Offenlegung durch den Senat und den beteiligten Unternehmen umgesetzt wurden. In jedem Fall ist der erfolgreiche Volksentscheid ein Beweis für unsere lebendige Demokratie und gegen Verdrossenheit bei der politischen Partizipation.

Ziel des Berliner Wassertisches war es unter anderem einen weiteren Schritt hin zur Rekommunalisierung des Wassers zu tun – also dem Rückkauf aller in privaten Händen befindlichen Anteile. Dieses Thema ist sicherlich wohlwollend, aber auch differenziert zu betrachten. Finanzsenator Nußbaum hat sehr deutlich gesagt, dass eine wie immer geartete Rekommunalisierung nicht erfolgen kann, wenn sie nicht finanzierbar ist. Man darf nicht irgendwelchen rein idealistischen Vorstellungen folgen, ein Rückkauf würde die Wasserpreise automatisch sinken lassen. Das Beispiel Potsdam lehrt Eines – hier wurden die in den 90er-Jahren verkauften Anteile wieder zurückgekauft. Seitdem sind die Wasserpreise jedoch weiter gestiegen, was sicherlich auch an den hohen Kosten des Rückkaufs liegen mag.

Man darf sich auch dabei nicht der Illusion hingeben, die Wasserverträge seien im Nachhinein einfach einseitig für nichtig zu erklären – dies hätte erhebliche Konsequenzen, wie hohe Strafzahlungen, zur Folge. Weder dies noch extrem hohe Preise für die Anteile sind in unse-

rer derzeitigen Haushaltssituation zu bewältigen. Der Senat hat den richtigen Weg eingeschlagen. Er verhandelt mit den beiden Anteilseignern, um das Beste für die Bürgerinnen und Bürger herauszuholen. Ziel bleibt die Rekom-

munalisierung des Wassers, aber nicht um der Rekommunalisierung wegen, sondern um, und nur dann, stabilere und geringere Wasserpreise und eine sichere und saubere Versorgung zu Gewähr leisten.

Keine Unterschiede zwischen Ost und West in der Flugroutenbestimmung

Seit der Vorstellung der geplanten Flugrouten des neuen Willy-Brandt-Flughafens durch die Deutsche Flugsicherung im Spätsommer letzten Jahres brodelt in Berlin und Brandenburg eine intensive Diskussion über die Verteilung der Lärm- und Umweltemissionen auf die Gebiete. Sowohl Maßnahmen wie ein Parallelbetrieb von Nord- und Südbahn oder wie die genauen Positionen von Routenabknickungen sind dabei in der Diskussion. Mittlerweile sind eine Vielzahl von unterschiedlichen Möglichkeiten entstanden, die alle in der Fluglärmkommission besprochen werden. Dieses Gremium erstellt am Ende der Beratungen eine unverbindliche Handlungsempfehlung. Ständig können wir in der Presse von neuen Vorschlägen und favorisierten Flugbahnen lesen. Doch diese zeigen immer nur ein Teil der diskutierten Modelle und man sich sollte sich generell in Zurückhaltung üben und die Ergebnisse aus der Arbeit der Fluglärmkommission abwarten.

Klar ist und war es auch schon im Vorfeld der ganzen Diskussion: Treptow-Köpenick ist besonders betroffen. Bedingt durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Flughafen hat der Bezirk zwar auch Vorteile, doch ist zu vorderst durch Lärm- und Umweltemissionen belastigt. Für unseren Bezirk ist es daher am Wichtigsten die Belastungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten. Die Bezirksverordnetenversammlung hat daher einen Antrag beschlossen, der sich für ein generelles Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr, eine möglichst wenige Menschen belastende Führung der Flugrouten und gegen einen unabhängigen Betrieb der beiden Start- und Landebahnen einsetzt. Ebenso soll sichergestellt sein, dass die passiven Lärmschutzmaßnahmen den Betroffenen einen qualitativ hochwertigen Schutz bieten sowie finanziell abgesichert und vor Inbetriebnahme des Flughafens abgeschlossen sind. Gleichzeitig soll die Tagesschutzzone ausgeweitet werden. In einem weiteren Antrag wird eine Studie zu den gesundheitlichen Auswirkungen der von Flugrouten Betroffenen gefordert.

Die Aktivitäten der Bezirksverordnetenver-

sammlung sind eindeutig zu begrüßen. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die Probleme mit dem Flughafen, die zu Recht in Treptow-Köpenick angeprangert – in der medialen Berichterstattung jedoch stellenweise ausgeklammert werden. Ich habe zu diesem Thema dem Regierenden Bürgermeister, Klaus Wowereit, einen Brief geschrieben:

„Die Demonstration am 08.11.2010 in Lichtenrade hat [...] viele Betroffene Menschen aus anderen Bezirken und insbesondere in Treptow-Köpenick verärgert. Nicht, weil andere Bürger auf die Straße gegangen sind und sich für oder gegen etwas einsetzen, sondern weil hier der Eindruck erweckt wird, dass es nun ein Thema ist, weil es im ehemaligen „Westteil“ der Stadt angekommen ist.

Uns haben sehr viele Briefe von Bürgerinnen und Bürgern aus unserem Bezirk erreicht, die darüber empört sind, dass sich der Regierende Bürgermeister auf der Demonstration in Lichtenrade gezeigt hat, sich aber zu der Betroffenheit durch Fluglärm in Treptow-Köpenick nicht geäußert hat. [...]

Ja, es bewegt die Menschen in Ost und West, in Nord und Süd. Sie wollen, dass Ihre Ängste ernst genommen werden, dass insbesondere das Nachtflugverbot eingehalten und nicht aufgeweicht wird. Gerade die Diskussion um die Flugrouten zeigt, wie schnell alte Wunden aufplatzen können. In der Debatte darf es kein Ost gegen West geben. Keine „besseren“ oder „schlechteren“ Gegner bei den Flugrouten.“

In der Antwort versicherte Klaus Wowereit keine Unterschiede zwischen Ost und West zu machen. Noch im letzten Jahr gab es zwischen ihm und Müggelheimer Bürgern ein Gespräch, in dem auf die angesprochenen Schwierigkeiten in unserem Bezirk hingewiesen wurde. Es gilt genau darauf zu achten, dass die Bedürfnisse von Müggelheimern, Bohnsdorfern, Rahnsdorfern und anderen aus unserem Bezirk nicht hinter denen aus Lichtenrade etwa zurückstehen – weder in der öffentlichen Debatte und schon gar nicht bei den letztendlichen Entscheidungen. Dafür werde ich mich weiter einsetzen.

Keine Unterstützung für Gewalt – Zur Räumung der Liebigstraße 14

Nachdem amtsgerichtlich der letzte Widerspruch gegen die Zwangsräumung von den Bewohnerinnen und Bewohnern abgelehnt wurde, sollte am 2. Februar die Räumung der Liebigstraße 14 in Friedrichshain erfolgen. Wie bei Handlungen solcher Art im Zusammenhang mit besetzten Häusern üblich, kam es im Vorfeld zu starken Protesten und Demonstrationen im ganzen Kiez. Dies ist im Grunde vollkommen legitim und das Recht eines Jeden. Was aber nicht geht, wenn dort Gewalt im enormen Maße angewandt wird und Polizistinnen und Polizisten Schaden nehmen bei der Durchsetzung richterlicher Beschlüsse. Diese mögen den Beteiligten nicht gefallen, sie sind aber geltendes Recht und dies im aktuellen Fall sogar mehrfach überprüft. Gewalt ist dabei auch nicht durch die Ideale der Hausbesetzerszene oder anderer, an „ökologischer Wohnraumnutzung“-Interessierten, zu rechtfertigen.

In diesem Zusammenhang kritisiere ich auch eindeutig einige Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, die sich zum Teil schäbig verhalten. Einerseits wird richtigerweise auf die Einhaltung und Beachtung unseres Rechtsstaates hingewirkt, andererseits wird Verständnis für die Demonstranten geäußert, sogar an den Protesten teilgenommen, die in unsäglichem Gewalt endeten.

Ich habe dies auch im Abgeordnetenhaus und in der Presse deutlich angesprochen:

http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article12405553/Punkt-8-Uhr-wird-geraemt.html

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/berlin/article1533376/CDU-Chef-Henkel-Die-Chaotenuessen-fuer-Schaeden-aufkommen.html>

Parkraumbewirtschaftung für die Altstadt in der Prüfung

Vor über einem Jahr wurde vom Bezirk ein Gutachten zur Nutzung des Parkraumes in der Altstadt Köpenick in Auftrag gegeben. Nun liegt dieses vor und wurde in der BVV beraten. Das Problem ist seit langer Zeit bekannt. Für Parkplätze ist zu wenig Raum in der Altstadt vorhanden, was für viele Gewerbetreibende hinderlich ist. Gleichzeitig klagen Anwohnerinnen und Anwohner über zu geringe Abstellmöglichkeiten. Mit dem Gutachten, welches von der LA Argus GmbH erarbeitet wurde, werden dem Bezirk zwei Varianten einer Parkraumbewirtschaftung vorgeschlagen.

Zunächst wurde die Auslastung der verfügbaren Parkflächen in der Altstadt und in den darum liegenden Straßen untersucht. Dabei werden an einem Werktag eine Auslastung von 70 Prozent in der Nacht bis zu 97 Prozent um 15 Uhr festgestellt. Dies lässt sich in eine Betrachtung der verfügbaren Plätze im öffentlichen Straßenland und der Sammelanlagen unterscheiden. Dabei wird festgestellt, dass stellenweise eine Auslastung von über 100 Prozent bei der ersten Kategorie vorliegt, was sich illegalem Parken zuordnen lässt. Bei Betrachtung der Parkdauer unterscheidet man in Kurz- und Langparker (über vier Stunden) und erkennt,

dass letztere rund 60 bis 75 Prozent aller erfassten Parkstände in der Altstadt belegen. Darunter fallen zum Einen die Bewohnerinnen und Bewohner, was hauptsächlich nachts eine hohe Auflastung zur Folge hat, und zum anderen die sog. „gebietsfremden Parker“, die tagsüber in der Altstadt arbeiten oder zeitintensiven Aktivitäten nachgehen. Nach Analyse dieser Ergebnisse kommt das Gutachten zu dem Schluss, dass es für eine Entlastung des Parkangebots zu einer Reduzierung der „gebietsfremden Parker“ kommen müsse.

Dazu werden drei Möglichkeiten vorgestellt. Neben reinem Bewohnerparken und einer Gebührenregelung mit Parkscheiben wird die Gebührenregelung mit Parkautomaten favorisiert. Auch die SPD-Fraktion hat sich für die dritte Variante ausgesprochen. Dabei würde die Altstadt in eine komplette parkraumbewirtschaftete Zone umgewandelt, in der Inhaberinnen und Inhaber von Bewohnerparkausweisen oder Vignetten die Möglichkeit für freies Parken besitzen würden. Alle anderen wären in der Zeit von 10 bis 17 Uhr aufgefordert einen Betrag von 1 € für Parken in der Altstadt zu entrichten. Dem Gutachten zufolge würde dies zu einer spürbaren Verringerung der Auslastung um ca.

20 Prozent führen. Grundlage dafür ist natürlich eine Kontrolle der Parkregelungen, der Erhalt von Fahrradabstellanlagen und des ÖPNV-Angebots.

Grundsätzlich ist es wichtig, vorsichtig bei der Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungszonen vorzugehen. Daher wurden im bisherigen Verfahren laufend Gespräche mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, den Gewerbe-

treibenden und weiteren Beteiligten, wie dem Tourismusverein, geführt. Dies gilt es auch nach einem Beschluss in den politischen Gremien fortzuführen. Über die Auswirkungen muss informiert werden. Generell halte ich die eingeschlagene Richtung für gut und setze ebenso auf konkrete Maßnahmen, die zu einer Entspannung der Parksituation in der Altstadt führen.

Polizei im Abschnitt 66 hat zentralen Standort in der Karlstr. 8 bezogen

Im Februar 2009 wurde vereinbart, das Dienstgebäude der Polizei im Abschnitt 66 in der Karlstr. 8 zu sanieren und als zentralen Standort für den gesamten Abschnitt zu nutzen. Dies hatte eine Überprüfung der Vor- und Nachteile dieser Einrichtung und der in der Wassersportallee 56/58 ergeben. Während die Polizei nun im zuletzt genannten Gebäude und im Rathaus Friedrichshagen in der Bölschestr. untergebracht war, konnte nun der Bezug der zentralen Wache erfolgen. Diese wurde An-

fang Februar von der Berliner Immobiliengesellschaft grundsaniert übergeben. Seitdem sind nun die Wachen in Grünau und Friedrichshagen geschlossen. Die Karlstr. 8 liegt zentral und wurde auch schon zuvor intensiv von den Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Bezirks genutzt. Ich vertraue darauf, dass sich die Arbeit der Polizei von diesem zentralen Standort weiterhin als so wertvoll erweist wie zuvor.

Barrierefreier Ausbau der Allende-Schwimmhalle im Sommer

In meinen beiden letzten „Nachrichten“ hatte ich über die Entwicklung der Allende-Schwimmhalle zum barrierefreien Ort berichtet. Nach der Wiedereröffnung am 20. September war festgestellt worden, dass die Schwimmhalle Standards für die behindertengerechte Nutzung nicht einhält. Senator Körting und ich versprachen bei der Veranstaltung sich für einen schnellen Umbau einzusetzen. Schon im Dezember konnten erste Fortschritte erzielt werden. Aus der Senatsverwaltung kam nun die Bestätigung für folgende Maßnahmen:

- Einsatz mobiler Rampen für die rollstuhlgerechtere Erschließung des Bades (Überwindung von Stufen im inneren und äußeren Eingangsbereich des Bades)
- behindertenfreundlicher Umbau der Personaltoilette zur Nutzung durch körperlich behinderte Badegäste
- Errichtung einer Notrufschaltung

- Ergänzung der Badausrüstung mit einem mobilen Badlift sowie Duschrollstuhl

Die Realisierung der Umbaumaßnahmen ist während der Schließzeit der Schwimmhalle vom 18. Juni bis 28. August 2011 vorgesehen, da bei laufendem Betrieb erhebliche Auswirkungen auf den Badebetrieb absehbar sind. Ich freue mich, wenn alle Köpenicker und Köpenickerinnen dort Schwimmen gehen können und werde wie bisher die Ausführung der versprochenen Maßnahmen begleiten.

KDV der SPD Treptow-Köpenick nominiert starkes Team

Am 11. Dezember 2010 wählte die SPD Treptow-Köpenick auf ihrer Kreisdelegiertenversammlung ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung, die am 18. September stattfinden. Mit einem starken Team wollen wir den Gewinn der sechs Wahlkreise im Bezirk wiederholen und unsere erfolgreiche Arbeit im Bezirksamt fortsetzen.

Ich trete weiterhin im Wahlkreis 5 an, der die Ortsteile Allende, Altstadt, Müggelheim und Wendenschloß umfasst. Gleichzeitig bin ich auf unserer Bezirksliste auf Platz 4 vertreten. Bedanken möchte ich mich bei allen, die meine Nominierung, vor allem jedoch mich in meiner Arbeit in den letzten vier Jahren unterstützt haben. Auch nach dem 18. September möchte ich die Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten.

„Sicher mit Schreiber“ - Bis zum September und darüber hinaus möchte ich zeigen, warum ich glaube, als direkt gewählter Abgeordneter gute Arbeit in Berlin und vor Ort geleistet zu haben. Als Sprecher für Verfassungsschutz ist mein Hauptarbeitsfeld die Innere Sicherheit. Bei der Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus, von Islamismus und Salafismus habe ich mich in den letzten Jahren bemüht, klare Positionen zu beziehen und an der Seite derjenigen zu stehen, die sich für unseren Rechtsstaat und unsere Institutionen einsetzen. Dazu brauchen wir besonders die Polizei

und alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes und dürfen uns nicht zu schade sein, ihnen und ihrer Arbeit den nötigen Respekt zu zollen.

Gleichzeitig gilt es, das BERLINprogramm von Klaus Wowereit und der SPD allen vorzustellen und klar zu sagen, wofür wir stehen – für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt, in der Teilhabe und Integration für alle möglich ist, für eine stabile Wirtschaft mit nachhaltiger Entwicklung, in der Leistung die richtige Wertschätzung erfährt und gute Löhne gezahlt werden. Dies sind nur zwei wichtige Hauptbereiche – das vollständige BERLINprogramm, welches derzeit in und außerhalb der SPD besprochen wird, kann man an folgender Stelle herunterladen:

<http://www.berlin-miteinander.de/>

Auf der Kreisdelegiertenversammlung wurden ebenso die Kandidaten der SPD Treptow-Köpenick für das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung nominiert. Oliver Igel, Kreis- und Fraktionsvorsitzender, wurde von den Mitgliedern als Kandidat für die Nachfolge von Gabi Schöttler im Amt des Bezirksbürgermeisters bestimmt. Die Stadträte Rainer Hölmer (für Stadtentwicklung) und Dirk Retzlaff (für Schule und Jugend) wurden wiederholt für ihre Ämter vorgeschlagen. Auf den weiteren vorderen Plätzen befinden sich die stellv. Fraktionsvorsitzenden Gabriele Schmitz und Regina Klinger. Gemeinsam wollen wir die erfolgreiche Arbeit im Bezirk fortsetzen.

Für einen starken öffentlichen Dienst – Eintritt in Ver.di

Bei meiner Arbeit als Abgeordneter und Sprecher für Verfassungsschutz kam ich im Lauf der letzten Jahre sehr häufig mit Polizistinnen und Polizisten und anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst in Kontakt. Zum Beispiel bei meinen Teilnahmen an Streifenfahrten in unserem Bezirk sowie mit der Bereitschaftspolizei konnte ich hautnah erleben, wie deutlich unsere Polizei jeden Tag für unsere Verfassung und unsere Rechte eintritt. Oftmals habe ich das Gefühl, dafür wird ihnen zu selten Respekt gezollt und Danke gesagt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst leisten sehr gute Arbeit unter teilweise schwierigen Bedingungen.

Auf der Kreisvollversammlung der SPD Treptow-Köpenick (siehe oben) wurde ich gefragt, ob ich Mitglied einer Gewerkschaft sei. Ich sagte damals, dass ich dies gerade prüfe. Jetzt habe ich mich entschieden und bin der Gewerkschaft ver.di. beigetreten. Reden und Handeln stehen für mich im Einklang.

Mehr unter:

<http://www.clof.eu/index.php?id=523>

Kontakt

Bürgersprechstunden halte ich abwechselnd im **Dorfklub Müggelheim** (Alt-Müggelheim 21) und im **Ratskeller Köpenick** (Alt-Köpenick 21) ab. Bitte informieren Sie sich unter [tom-schreiber.eu](http://www.tom-schreiber.eu).

Gerne kontaktieren Sie mich auch per E-Mail an tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,
per Telefon unter 030 / 232 522 81 oder 0177 / 711 36 24,
per Post an: Tom Schreiber, MdA
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:
<http://www.tom-schreiber.eu/>

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.